

Analyse

Nick Hanauer Ein weiterer US-Milliardär kämpft für eine Reichtumssteuer - und läuft auf. *Von Walter Niederberger, San Francisco*

Ein Freund des amerikanischen Mittelstands

Nick Hanauer hat sich den amerikanischen Traum bereits erfüllt. Er hat Dutzende von Firmen gegründet und mit geschickten Investitionen ein Milliardenvermögen gemacht. Er hat eine Familie, zwei Kinder und ist in mehreren gemeinnützigen Organisationen engagiert. Zufrieden ist er gleichwohl nicht. Ihm missfallen die tiefen Steuern für Reiche und Superreiche.

Hanauer setzt in diesen Tagen mit Fernsehauftritten und Kolumnen eine Debatte fort, die der Investor Warren Buffett letztes Jahr ohne sichtbaren Erfolg begonnen hatte. Zusammen mit 45 Milliardären und Mehrfachmillionären schickte Hanauer Präsident Obama einen offenen Brief und ersuchte ihn, mit der Reichtumssteuer vorwärtszumachen: «Ich kann mit höchster Überzeugung sagen, dass reiche Leute keine Stellen schaffen. Ein gewöhnlicher Konsument aus dem



Mittelstand ist bei weitem der grössere Job-Schaffer, als ich es je gewesen bin oder sein werde.»

Hanauer ist überzeugt, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre gescheitert ist. Dabei argumentiert er oft wie ein Philosophieprofessor und zieht historische Vergleiche zu den 1920er- und 1930er-Jahren. Seine Kritiker rechts im politischen Spektrum regt dies mächtig auf. In einem Interview mit dem Wirtschaftssender Fox News wurde er von Moderator Neil Cavuto dauernd unterbrochen. Dieser warf ihm vor, ein irreführender Aussenseiter zu sein. Übrigens könne er gerne freiwillig höhere Steuern zahlen, wiederholte der Fox-Mann eine der republikanischen Plattitüden. Darauf schien der Unternehmer und Risikokapitalist nur gewartet zu haben. «Wir leben nicht in einer Freiwilligen-gesellschaft», konterte er und

echauffierte sich: «Wissen Sie, was wir mit Leuten machen, die so reden wie Sie? Wir feuern sie, weil sie nutzlos sind und Gift für unsere Kultur.» Das Interview wurde rasch beendet.

Begonnen hat der 52-jährige Unternehmer seine Karriere in der familieneigenen Bettwarenfirma, die er heute noch führt. Mitte der 90er-Jahre war er der erste externe Investor bei Amazon.com und verkaufte vor vier Jahren die von ihm gegründete Internetmedienfirma eQuantive für 6,4 Milliarden Dollar an Microsoft.

Als Arbeitsplatzbeschaffer sieht er sich gleichwohl nicht: «Reiche Geschäftsleute wie ich kreieren keine Jobs. Allein die Konsumenten aus dem Mittelstand treiben die Nachfrage nach unseren Produkten an und sichern die Stellen.» Hanauer führt gerne einen bildlichen Vergleich an. Obwohl er ein 1000-mal höheres Einkommen habe

als ein Angehöriger des Mittelstands, gebe er nicht 1000-mal mehr Geld aus. «Meine Familie besitzt drei Autos, nicht 3000. Ich kaufe jedes Jahr einige Hosen und Hemden und gehe manchmal auswärts essen. Wie alle anderen auch.»

Ganz unrecht hatte Fox-Moderator Cavuto mit seiner Bemerkung zu Hanauers Rolle allerdings nicht. Selbst im Staat Washington, der für sein liberales politisches Klima bekannt ist, bleibt der Widerstand gegen höhere Steuern für Vermögende gross. Letztes Jahr lehnte das Volk mit einer Zweidrittelmehrheit eine leicht höhere Reichtumssteuer ab, für die Hanauer zusammen mit Bill Gates aktiv geworben hatte. Bekämpft wurde das Vorhaben ausgerechnet von zwei Unternehmern, mit denen Hanauer gutes Geld gemacht hatte: Amazon-Gründer Jeff Bezos und Microsoft-Chef Steve Ballmer.

EU Nach dem Veto von Brüssel wird Premier David Cameron von seiner Partei als Held gefeiert. *Von Peter Nonnenmacher, London*

Briten im Abseits

Wäre das Mitbringen von Konfetti ins britische Unterhaus gestattet: David Cameron müsste heute knietief darin waten. Wenn Londons Regierungschef am Nachmittag im Parlament Bericht über den EU-Gipfel der Vorwoche erstattet, wird ihm vonseiten seiner Partei eine Begeisterung entgegenzuschlagen, wie sie die Hohe Kammer lange nicht mehr erlebt hat.

Denn für die meisten Tories ist Cameron zum Inbegriff britischer Unerschrockenheit geworden. Die Tory-freundliche Presse hat ihn am Wochenende schon hochleben lassen und ihn als Helden, als einen wahren Churchill des 21. Jahrhunderts gefeiert.

Mit seinem Veto in Brüssel hat der Premier nach Überzeugung seiner Anhänger eine schwere Gefahr von Grossbritannien abgewendet. Er hat den «mitteleuropäischen Mächten» gezeigt, was «echter Bulldoggen-Geist» nach wie vor vermag - statt wie weiland Neville Chamberlain mit einem weissen Papier nutzloser Versicherungen heimzukehren.

In der Wolle gefärbt

Die Wahl der Bilder allein schon wirft ein Licht aufs Denken der Tory-Rechten. Anders als in Begriffen bitterer nationaler Konfrontation hat man sich Europa-Politik in den - nun wieder gesellschaftsfähigen - Kreisen konservativer EU-Gegner letztlich nie vorstellen können. Die negative Haltung zur EU, der andere Parteien immer nur zögerlich entgegengetreten sind, hat über die Jahre alles Denken auf der Insel eingefärbt. In der aktuellen Krise bringen die Briten deshalb nur wenig Sympathien für Europa auf.

Die Kombination aus dieser historischen Stimmungslage, der Eurokrise und einer üblen Fehlkalkulation Camerons in Brüssel hat so zu einer Situation geführt, in der ein Tory-Premierminister seinen Platz im Planungsraum fürs europäische Projekt ohne Not geräumt hat - um seine heimische Gefolgschaft - militante Hinterbänkler - zufriedenzustellen.

Für diese schnell an Stärke wachsende Fraktion im Unterhaus aber ist das Veto von Brüssel nur der Anfang eines «Befreiungsschlags», der irgendwann, und möglichst schon bald, mit dem Austritt Britanniens aus der EU enden soll. Auf eine solche Chance haben die «Rebellen» lange gewartet. Cameron, dem sie so viel Bulldoggen-Geist gar nicht zugetraut

hätten, hat ihnen jetzt Gelegenheit für wesentlich weiter gehende Forderungen gegeben.

Noch sträubt sich der Premier zwar gegen eine Volksabstimmung zum Austritt aus der EU, wie seine «Euroskeptiker» sie verlangen. Aber die Logik des britischen Verbleibs in der Union ist nach seinem Brüsseler Veto brüchiger geworden. Das werden die EU-Gegner zu nutzen suchen. Auch wenn sie von einem gänzlich von der EU abgekoppelten Königreich nicht viel andere Vorstellungen haben, als dass es eine Art überdimensionale Schweiz jenseits des Ärmelkanals sein könne - eine Schweiz freilich, die Seite an Seite mit den USA die grosse Politik der Welt bestimmen würde.

So sieht man in Washington die Welt nun allerdings nicht gerade. Ohne starke Stimme in Europa hat London wenig Aussichten, sein volles Gewicht in die internationale Waagschale zu werfen. Auch auf der Insel selbst hat dieser Gedanke am Sonntag dem einen oder andern gedämmert.

Bei Camerons Koalitionspartnern, den proeuropäischen Liberaldemokraten, ist geradezu Panik darüber ausgebrochen, dass das Königreich nun «als einsamer Aussenposten Europas» agieren soll. Ein tiefer Riss im Bündnis kündigt sich hier an. Von den liberalen Bänken wird Cameron kein Konfetti erwarten können.

Besorgter Finanzplatz

Sogar seine unmittelbaren Schützlinge befürchten, dass der Regierungschef den britischen Stuhl am Toptisch der Gemeinschaft preisgegeben hat, ohne dafür irgendwelche Garantien für sein Land zu erhandeln. In der Londoner City, zu deren Absicherung Cameron sein Veto meinte einlegen zu müssen, ist bereits die Sorge laut geworden, dass diese «heroische» Geste von keinerlei konkretem Nutzen fürs Finanzwesen der Insel war. Stattdessen dürfte es den Briten künftig schwerer fallen, eigene Interessen in Brüssel geltend zu machen.

In der Tat hat sich Britannien in eine kuriose Position manövriert. Ausgerechnet die Nation mit dem globalsten Anspruch in Europa erweist sich als ein Ort hartnäckiger Selbstbegrenzung, was ihre aussenpolitischen Visionen anbelangt. Nicht einmal Margaret Thatcher, die eiserne Lady, hätte sich von ihren antieuropäischen Instinkten in eine solche Sackgasse drängen lassen.

Bundesratswahl Die erste Ausmarchung von 1848 begann im Streit - am Ende aber resultierte der erste guteidgenössische Kompromiss. *Von Dario Venutti*

Geburtsstunde der Konkordanz

Nachdem die Stimmen des ersten Wahlgangs ausgezählt worden waren, gab es einen Riesenlärm: Es waren 25 Stimmen mehr eingegangen, als Stimmzettel ausgeteilt worden waren. Davor hatte ein Genfer Ständerat die Wahl vertagen wollen. Seine Begründung: Die Umstände seien dem Land unwürdig, sodass man noch keine Regierung wählen könne.

Das ist nicht das Szenario, wie es sich am nächsten Mittwoch abspielen könnte, wenn die Vereinigte Bundesversammlung die neue Landesregierung wählt. So geschah es am 16. November 1848: Die allererste Schweizer Bundesratswahl im Berner Rathaus - das Bundeshaus wurde erst 1902 gebaut - begann mit Streit und Sabotage. Im Wahlakt zeigte sich, wie jung das Land war.

Und doch war schon damals im Kern angelegt, worüber heute alles spricht: die Konkordanz. Der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Landesteilen, Sprachregionen und politischen Kräften beschäftigte bereits das erste Parlament.

Im Acker gelandet

Am Tag, als es zusammenkommen sollte, rissen 155 Kanonendonner Bern aus dem Schlaf. III Schüsse symbolisierten die Zahl der Nationalräte, 44 jene der Ständeräte. So viele Politiker sollten sich zur ersten Session versammeln. Die Parlamentarier aus dem Aargau waren spät dran. Sie trafen erst zwei Stunden vor der Sitzung ein: Ihr Kutscher hatte sie am Vortag bei Regenwetter in einen Acker gefahren. Stundenlang standen sie im Dreck und verpassten so den Anschluss an die nächste Postkutsche.

Bei der ersten Bundesratswahl zehn Tage später fehlte immer noch jeder Fünfte. In Bern waren noch nicht alle Nationalräte gewählt. Und die Freiburger Parlamentarier durften nicht teilnehmen, weil ihre Kantonsregierung die katholische Bevölkerungsmehrheit von den Wahlen ausgeschlossen hatte.

Im zweiten Gang der Bundesratswahl beruhigten sich die Gemüter. Der Reihe nach wurden folgende sieben in den ersten Bundesrat gewählt: der Zürcher Jonas Furrer, der Berner Ulrich Ochsenbein, Henri Druey aus der Waadt, der Solothurner Josef Munzinger, der Tessiner Stefano Francini, Friedrich Frey-Herosé aus dem Aargau und Wilhelm Naeff aus St. Gallen. Sie waren zwischen 37 und 57 Jahre alt und stammten aus Kleinstädten oder Dörfern. Ihre Väter



Der erste Schweizer Bundesrat von 1848. Foto des Originalstichs: Keystone

waren allesamt noch als Untertanen geboren worden.

Die sieben Gewählten waren gemässigte Liberale. Sie gehörten der grossen Mehrheit der Parlamentarier jener Fraktion an, aus der kurz darauf die FDP hervorging. Lange Jahre hatte sie die absolute Macht im Land: Erst 1891 gelang der CVP der Sprung in den Bundesrat. Die SVP (damals Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, BGB) musste bis 1929 warten - die SP bis 1943.

Der Tessiner Francini wusste nichts von seiner Wahl, denn er war gar nicht angereist. Munzinger erfuhr es auch später, weil er als eidgenössischer Repräsentant im Tessin unterwegs war. Druey zauderte, wollte er doch eigentlich lieber in der Waadt bleiben. Furrer und Ochsenbein verlangten ebenfalls Bedenkzeit. Weil einzig der St. Galler Naeff spontan zusagte, hatte die Schweiz am Abend der ersten Bundesratswahl nur ein Regierungsmitglied.

Ein anständiger Lohn

Es gab gute Gründe für eine Bedenkzeit. Bundesrat werden hiess damals: einen Beruf ausüben, den es noch gar nicht gab. Immerhin hatte das Parlament die Salärfrage geklärt: Ein Bundesrat sollte 5000 Franken verdienen. Das wären heute 480 000 Franken. Ein anständiger Lohn, aber doch nicht überaus viel, denn damals gab es keine AHV und keine Pension. Für ein Leben nach dem Bundesrat und fürs Alter hatte man selber aufzukommen.

Bei Furrer und Ochsenbein galten eigene Gesetze. Sie stammten aus Kantonen, die ihre Hauptstadt zur Bundeshauptstadt machen wollten. Die Presse in Bern und Zürich führte einen schmutzigen Hauptstadtkampf, und die beiden Kantonsregierungen hatten den Bundesbehörden bereits provisorische Gebäude als Amtsstätten zugewiesen. Furrer und Ochsenbein mussten also höllisch aufpassen, die Hauptstadtpläne ihrer Kantone nicht zu verraten.

Weitsichtiger Ochsenbein

In diesem Poker erwies sich Ochsenbein als der gewieftere Politiker. Während Furrer alle wissen liess, dass er die Bundesratswahl bei einem Hauptstadtsentscheid zugunsten Zürichs annehmen würde, liess Ochsenbein den Zürcher zum Bundespräsidenten wählen. Furrer war jetzt nicht nur gewählter Bundesrat, sondern auch gewählter Bundespräsident - ablehnen wurde immer schwieriger.

Das Parlament wollte Macht und Prestige nicht konzentrieren. Ochsenbein hatte das verstanden. Zwei Tage nach seiner Wahl in den Bundesrat reichte er eine Motion ein: Die Regierung wurde beauftragt, eine Eidgenössische Universität (die heutige ETH) zu errichten, deren Sitz aber nicht die Bundeshauptstadt sein durfte. Die Motion war erfolgreich, und so kam es zum Deal: Zürich bekam die Hochschule, Bern wurde Hauptstadt. Es war dies der allererste guteidgenössische Kompromiss.